



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ministerrat
Dublin 2012

MC.DEC/3/12
7 December 2012

GERMAN
Original: ENGLISH

Zweiter Tag des Neunzehnten Treffens
MC(19) Journal Nr. 2, Punkt 7 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 3/12 **DER „HELSINKI+40“-PROZESS DER OSZE**

Der Ministerrat –

in Bekräftigung seines uneingeschränkten Festhaltens an der Charta der Vereinten Nationen und an allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und allen anderen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten, sowie unserer Verantwortung, sie vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen,

unter Hinweis auf die Gedenkerklärung von Astana „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, in der sich die Teilnehmerstaaten erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok bekannten, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind,

eingedenk der Entschlossenheit unserer Staats- und Regierungschefs, gemeinsam an der vollen Verwirklichung dieser Vision zu arbeiten, und eingedenk ihrer Zusage, die designierten Amtierenden Vorsitze nach Kräften bei der Erzielung weiterer Fortschritte zu unterstützen,

die Initiative begrüßend, den „Helsinki+40“-Prozess als ein alle Teilnehmerstaaten einbindendes Bemühen einzuleiten, um damit die Arbeit auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft durch einen starken und stetigen politischen Anstoß weiterzuentwickeln, und unsere Zusammenarbeit in der OSZE auf dem Weg in das Jahr 2015, in dem wir den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki begehen, weiter verstärkend,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass dieser besondere Jahrestag die einmalige Gelegenheit bietet, das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zum Konzept der umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit durch praktische Ergebnisse zu bekräftigen, die Ausdruck der verstärkten Bemühungen sind, die OSZE-Verpflichtungen vollständig umzusetzen und die Errungenschaften der OSZE in allen drei Dimensionen zu festigen und darauf aufzubauen, und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, –

1. fordert die designierten Vorsitze Ukraine, Schweiz und Serbien auf, den „Helsinki+40“-Prozess auf der Grundlage eines koordinierten strategischen Ansatzes fortzuführen und der Arbeit der Teilnehmerstaaten auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft eine Mehrjahresperspektive und Kontinuität zu verleihen;
2. beauftragt künftige Vorsitze, diesen Prozess durch die Einrichtung einer offenen informellen Arbeitsgruppe „Helsinki+40“ auf Ebene der ständigen Vertreter aller Teilnehmerstaaten zu erleichtern;
3. ersucht die derzeitigen Mitglieder und das neu hinzukommende Mitglied der Troika sowie die künftigen Vorsitze, die Tagesordnung für die Sitzungen der Arbeitsgruppe „Helsinki+40“ vorzuschlagen;
4. beauftragt die künftigen Vorsitze, mit Unterstützung des OSZE-Generalsekretärs regelmäßig Bilanz über die im Zuge des „Helsinki+40“-Prozesses erzielten Fortschritte zu ziehen und den Teilnehmerstaaten zweimal jährlich – vor der Sommerpause und vor dem Treffen des OSZE-Ministerrats – darüber Bericht zu erstatten;
5. fordert das Forum für Sicherheitskooperation auf, im Rahmen seines Mandats zum „Helsinki+40“-Prozess beizutragen;
6. ruft die Teilnehmerstaaten auf, sich engagiert an dem auf 2015 ausgerichteten ergebnisorientierten Prozess zu beteiligen.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Wir danken dem irischen Vorsitz für seine Initiative, den „Helsinki+40“-Prozess in Gang zu setzen, der die Organisation strategisch anleiten und die Umsetzung der Verpflichtungen in den nächsten drei Jahren begünstigen soll.

Wir sind der Auffassung, dass im „Helsinki+40“-Prozess in Bezug auf die Grundprinzipien und Ausgangsannahmen, die den Bemühungen der OSZE zur Schaffung einer echten Sicherheitsgemeinschaft zugrunde liegen, absolute Klarheit herrschen muss.

- Eine „freie, demokratische, gemeinsame und unteilbare euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft“ ist am besten durch die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen zu erreichen.
- Es kann keinerlei Neuverhandlung der Schlussakte von Helsinki oder anderer OSZE-Vereinbarungen geben.
- Die strategischen Grundsätze, an denen sich die Arbeit an „Helsinki+40“ orientiert, sollten der vorhandene Leitprinzipien-Dekalog der Schlussakte von Helsinki sein.
- Das umfassende Sicherheitskonzept schließt alle drei Dimensionen ein, in allen dreien müssen wir zu Ergebnissen kommen.
- Jede neue Verpflichtung muss die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen unterstützen und bestehende OSZE-Normen, -Prinzipien, -Verpflichtungen und -Institutionen stärken (und nicht schwächen), damit sie neuen Herausforderungen gerecht werden können.
- Verpflichtungen in Bezug auf die Langzeitkonflikte, einschließlich Verpflichtungen betreffend die Nichtanwendung von Gewalt, sind einzuhalten; die Achtung aller grundlegenden Prinzipien von Helsinki muss die Basis unseres Herangehens an diese Konflikte sein; unser Ziel muss es sein, konkrete Ergebnisse zu erzielen.

- Die Zivilgesellschaft sollte in die Diskussionen im Rahmen von „Helsinki+40“ eingebunden werden.
- Die Rolle und Autonomie der Institutionen sollten gestärkt werden, und die Teilnehmerstaaten sollten diese bei ihrer Arbeit in Erfüllung ihrer Mandate unterstützen.
- Zur Stärkung und Anpassung der OSZE ist weder eine grundlegende Änderung struktureller Art noch ein rechtlicher Rahmen notwendig, sondern vielmehr eine Ausrichtung der Ressourcen auf die strategischen Prioritäten des 21. Jahrhunderts und der politische Wille zur Umsetzung unserer Verpflichtungen.

Keines der Elemente des „Helsinki+40“-Prozesses sollte im Namen einer „Modernisierung“, „Reform“ oder „Entpolitisierung“ die Möglichkeit zu einer Beschränkung der Wirksamkeit der OSZE eröffnen. In diesem Sinne meinen wir, dass man die Effektivität und Effizienz der OSZE durch die Erstellung eines mehrjährigen Haushalts- und Planungszyklus und eine verstärkte Programmevaluierung und -koordinierung mit anderen internationalen Organisationen verbessern kann – wiewohl wir uns der Forderung nach einer Erörterung über eine Änderung der „rechtlichen Rahmenbedingungen“ der OSZE nicht anschließen können. Die Arbeit unter dem Schlagwort „Helsinki+40“ sollte die historische Rolle der OSZE in der Befassung mit Langzeitkonflikten, der Krisenreaktion und dem Aufbau militärischer Transparenz bekräftigen. Letztendlich sollte es das grundsätzliche Ziel des „Helsinki+40“-Prozesses bis 2015 sein, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten konkrete Verbesserungen ihrer Umsetzung der bestehenden OSZE-Verpflichtungen vorzuweisen haben. Wir begrüßen die erklärte Absicht der OSZE-Troika, die konkrete Arbeit in allen OSZE-Dimensionen im Hinblick auf 2015 zu erleichtern, und sind bereit, ihre Bemühungen zu unterstützen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser interpretativen Erklärung als Anhang in den verabschiedeten Beschluss und das Journal des Ministerrats.“

MC.DEC/3/12
7 December 2012
Attachment 2

GERMAN
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Belarus:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE möchte ich im Namen der Republik Belarus folgende interpretative Erklärung abgeben.

Angesichts der Tatsache, dass durch den „Helsinki+40“-Prozess die Verwirklichung des vom OSZE-Gipfeltreffen 2010 in Astana vorgegebenen Ziels einer gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Raum gefördert werden soll, ist Belarus der Auffassung, dass eines seiner praktischen Ergebnisse die bedingungslose Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen betreffend die Unzulässigkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, Sanktionen oder einschränkender Maßnahmen durch alle Teilnehmerstaaten sein sollte. Ohne die Bekräftigung dieser Verpflichtungen und ohne völlige Ablehnung einer derartigen unannehmbaren Praxis, die das Vertrauen und die Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten untergräbt, wird es schlichtweg unmöglich sein, eine echte Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen.

Belarus ist auch der festen Überzeugung, dass Fragen der tiefgreifenden Reform der OSZE und ihrer Anpassung an die Herausforderungen von heute einen zentralen Platz auf der Agenda des „Helsinki+40“-Prozesses einnehmen sollten.

Ich möchte darum ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der Sitzung aufzunehmen.“

MC.DEC/3/12
7 December 2012
Attachment 3

GERMAN
Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Aserbaidschan:

„Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Aserbaidschan hat sich dem Konsens zum Entwurf des Ministerratsbeschlusses über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE unter folgender Annahme angeschlossen:

Dieser Beschluss bietet den OSZE-Teilnehmerstaaten eine einzigartige Gelegenheit, um Bilanz über die Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki und anderen grundlegenden Dokumenten der OSZE zu ziehen.

Wir rufen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, sicherzustellen, dass in weiterer Folge dieses Beschlusses einige legitime Sicherheitsanliegen berücksichtigt werden, die die Republik Aserbaidschan im Laufe seiner Ausarbeitung geäußert hat, darunter unter anderem die schwindende Bedeutung der OSZE in der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, die Beilegung der Langzeitkonflikte im OSZE-Raum, die Thematisierung der zunehmenden Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen OSZE-Aktivitäten und im OSZE-Raum präsenten militärischen und Verteidigungsblöcken und deren Auswirkungen auf die Sicherheit derjenigen Teilnehmerstaaten, die nicht Mitglied solcher Sicherheitsblöcke sind, und die Frage, welche angemessenen politischen und Sicherheitsgarantien diese Nicht-Mitglieder erhalten.

Die Republik Aserbaidschan wird ihre gesammelten Bemühungen darauf richten, dafür zu sorgen, dass diese Fragen ordnungsgemäß behandelt und in das Endprodukt des „Helsinki+40“-Prozesses wie auch in die bevorstehenden informellen Gespräche Eingang finden.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich, diese Erklärung dem soeben verabschiedeten Beschluss beifügen und in das Journal des Ministerratstreffens aufnehmen zu lassen.“

MC.DEC/3/12
7 December 2012
Attachment 4

GERMAN
Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Armenien:

„Die Delegation von Armenien möchte folgende interpretative Erklärung abgeben.

Armenien sieht im „Helsinki+40“-Prozess eine wichtige Initiative zur Herstellung von Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten und Völkern und auch zur Aufnahme eines historischen Versöhnungsprozesses.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.“